

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 01.11.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus  
Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06108 Halle

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzende**

Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Frau Katja Raab	FDP
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

### **Stimmberechtigte Mitglieder Freie Träger**

Herr Leonhard Dölle  
Frau Beate Gellert  
Frau Helga Schubert  
Herr Uwe Kramer  
Frau Kerstin Masur  
Frau Sylvia Plättner i.V.

### **Beratende Mitglieder**

Frau Katharina Brederlow	Amtsleiterin
Herr Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration
Herr Steffen Breuer	Landesschul-

amt

Herr Rene Moses Humanist.RV

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Tobias Kogge Beigeordneter

Frau Heike Wießner CDU

Frau Antje Klotsch stimmb. Mitgl. i.V. Frau Plättner anwesend  
(Freie Träger)

**Beratende Mitglieder**

Frau Ilona Hackel Arbeitsagentur

Herr Dr. Kluge Kirchenkreis

Frau Carola Messerschmidt i.V. Herr Steffen Breuer anwesend

Frau Anja Pohl Stadteltern-  
beirat

Frau Carmen Wiebach Jobcenter

Herr KR Ralf Berger Polizei Halle

Herr Richter Bruno Glomski Amtsgericht

Frau Renate Leonhard Kath.Propstei

Frau Tatjana Privorozkaja Jüdische  
Gemeinde

Frau Janice Windisch Kinder- und  
Jugendrat

Frau Susanne Wildner Gleichstellungs-  
beauftragte

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, rief zur Kinder- und Jugendsprechstunde auf.

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, schloss sie die Sprechstunde gleich wieder.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sprach zur Tagesordnung an, dass heute noch eine Beschlussvorlage zur dringenden Behandlung an die Mitglieder ausgeteilt worden ist. Es handelt sich hierbei um die „Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.8.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle “. Sie gab kurz die Gelegenheit sich diese ausgeteilte Vorlage anschauen zu können und bat dann darum, über die Aufnahme in die Tagesordnung unter TOP 6.2.abzustimmen. Der Aufnahme des TOP 6.2. wurde ohne Widerspruch zugestimmt, so dass die Tagesordnung damit verändert wurde.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, stellte die veränderte Tagesordnung fest. Dieser Tagesordnung wurde ohne Widerspruch zugestimmt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2012
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung des Friedenskreis Halle e.V.
- 6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat  
Vorlage: V/2011/10362
- 6.2. Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673  
Vorlage: V/2012/11109
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten und stimmberechtigten Mitgliedern des JHA (Freie Träger)
- 7.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese  
Vorlage: V/2012/10964
- 7.2. Antrag von Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied im JHA (Freie Träger) , dass die Regelung zum 5%igen Eigenanteil von den Kosten des Betriebes, ohne Berücksichtigung der Personalkosten für das pädagogische Personal, nicht in Anwendung gebracht wird  
Vorlage: V/2012/11122
- 7.3. Antrag von Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied im JHA (Freie Träger) zur Bildung einer

Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG für das Arbeitsfeld Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: V/2012/11121

8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Bericht des Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Arbeit in den Sozialraumgruppen
- 9.2. Bericht zum Stand Grundschule - Horte
- 9.3. Bericht zu Hilfen zur Erziehung (HzE) und Auswertung der Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten (Kita)
- 9.4. Information zu den Familienintegrationscoachs
10. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2012**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sprach an, dass die Niederschrift vom 04.10.12 noch nicht autorisiert vorliegt und demzufolge nicht versendet werden konnte. Deshalb wird die Genehmigung heute von der Tagesordnung abgesetzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

abgesetzt

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sprach an, dass zur Sondersitzung am 15.11.12 der nichtöffentliche Beschluss aus JHA 04.10.12 im Beschlusstext bekannt gegeben wird.

### **zu 5 Vorstellung des Friedenskreis Halle e.V.**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, begrüßte vom Friedenskreis e.V. den Geschäftsführer, Herrn Starke, welcher zur Vorstellung des Vereins eingeladen worden ist.

**Herr Starke, Geschäftsführer Friedenskreis e.V.**, stellte sich den Mitgliedern vor und informierte zum Verein. Die letzte Vorstellung im Jugendhilfeausschuss erfolgte 2001, als es um die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe ging. Er informierte, dass sich 1990 der Friedenskreis gegründet hatte und dieser seit 1992 als eingetragener Verein besteht.

Herr Starke informierte zum Trägerhintergrund, den Angeboten und Arbeitsfelder als auch zu spezifischen Trägerkompetenzen. Seit 2011 hat der Verein auch die landesweite Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe. Im Laufe der Jahre erfolgte eine Qualifizierung der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit im Verein.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, dankte für die Vorstellung und fragte an, ob es Nachfragen hierzu gibt.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, stellte die Fragen

- 1.: Wer sind die wichtigsten Partner des Vereins und in welchen kommunalen Netzwerken ist der Verein vertreten?
2. Wie viel haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter gibt es?
3. Wie ist die Nachhaltigkeit der Angebote anzusehen?

**Antwort durch Herrn Starke zu:**

1. Der Verein arbeitet eng mit dem Kinder- und Jugendrat zusammen, ist im Migrationsnetzwerk vertreten, bei der Internationalen Jugendarbeit wurde ein eigener Kreis von Trägern aufgebaut, eine Mitarbeit ist auch in der Sozialraumgruppe Mitte-Nord-Ost gegeben.
2. Die Mitarbeiterstruktur schwankt. Gegenwärtig sind es ca. 8 Mitarbeiter, meist mit einem halben Stellenanteil. Beim Sozialen Freiwilligen Jahr und dem Bundesfreiwilligendienst arbeiten ca. 10 Personen mit.
3. Wunsch ist es, dort langfristig arbeiten zu können. Jetzt ist eine neue Qualität durch die Fördermöglichkeiten über Bildung und Teilhabe – Schulsozialarbeit – hinzu gekommen. Es besteht eine gute Zusammenarbeit mit der Pestalozzischule, teilweise bereits über sehr viele Jahre.

Es gab keine weiteren Anfragen.

## **zu 6        Beschlussvorlagen**

---

### **zu 6.1        Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat Vorlage: V/2011/10362**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sprach an, dass diese Berichterstattungen bereits in der ersten Fassung im Februar 2012 dem Jugendhilfeausschuss (JHA) vorgelegen haben und die gesamte Vorlage nochmals überarbeitet worden ist. Die Ausschüsse müssen nur zu ihren Berichterstattungen zustimmen oder Änderungen anzeigen. Sie fragte an, ob es zu den vorliegenden Berichterstattungen noch Ergänzungen gibt.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, wies auf den fehlenden Kinderarmutsbericht im JHA hin.

**Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA und zur Spielflächenkonzeption an.

**Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, dass es sich bei Beiden um Beschlussvorlagen handelt, welche hier nicht rein gehören.

**Herr Weiske, Sozialplaner**, sprach an, dass der Kinderarmutsbericht und auch die Spielflächenkonzeption demnächst in den Jugendhilfeausschuss kommen werden.

Es wurde zum Bericht „Netzwerk gegen Drogen“ im JHA angefragt.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, stellte fest, dass bei den Berichterstattungen noch um zwei Berichte für den JHA ergänzt wird:

- Kinderarmutsbericht
- Bericht Netzwerk gegen Drogen

Mit diesen beiden Ergänzungen rief sie zur Abstimmung der Berichterstattungen für den Jugendhilfeausschuss auf.

Aufnahme von folgenden zwei Berichten auch für den JHA:

1. Familienberichterstattung, Teilbericht Kinderarmut
2. Bericht Netzwerk gegen Drogen

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage der Berichterstattungen in den Fachausschüssen bzw. im Stadtrat einschließlich deren Terminisierung (siehe Anlage).

**zu 6.2 Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673  
Vorlage: V/2012/11109**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, wies darauf hin, dass diese Beschlussvorlage heute noch in die Tagesordnung aufgenommen worden ist und die Verwaltung, die Dringlichkeit hierfür begründen wird.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, sprach an, dass durch den Stadtrat am 31.09.2011 beschlossen wurde, dass ein Strategiekonzept zur ambulanten Suchthilfe erstellt werden soll. Da seit längerer Zeit die beauftragte Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes erkrankt ist, muss zur Umsetzung des Beschlusses eine Person beauftragt werden, welche über die erforderlichen Fachkenntnisse im Bereich Drogen verfügt. Diese Person soll als Aufwandsentschädigung 900,00 Euro erhalten.

**Hinweis Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, dass eine Korrektur des Beschlussvorschlages erforderlich ist, da dieser fehlerhaft geschrieben wurde. Es fehlen zwei Worte. Es muss heißen:

„Für die Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes **ist** zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale) die Mitwirkung Dritter **notwendig**. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung ist erforderlich.“

**Anfrage Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, welche Person soll das Strategiekonzept erstellen?

**Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, dass Namen im nicht öffentlichen Teil genannt werden können, hier nicht.

**Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, sprach an, dass dies im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss genau erklärt worden ist. Es wurde eine Person gefunden, die das fachlich gut umsetzen würde und diese Person muss auch aus dem Gebiet kommen, um das leisten zu können. Sie bittet hier zuzustimmen.

**Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)** sprach an, dass sie 900,00 Euro für diese Arbeit nicht ausreichend findet. Für diese Umsetzung ist das keine ausreichende Würdigung.

**Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, erwähnte, dass diese Person im Vorruhestand ist und vorher in dem Gebiet gearbeitet hat und mit dieser Summe sich einverstanden erklärt hat.

Keine weiteren Anfragen.

**Frau Hanna Haupt** rief zur Abstimmung des Beschlussvorschlages, welcher grammatikalisch korrigiert worden ist, auf.

## **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

## **Geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes **ist** zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale) die Mitwirkung Dritter **notwendig**. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung ist erforderlich.

---

### **zu 7        Anträge von Fraktionen und Stadträten und stimmberechtigten Mitgliedern des JHA (Freie Träger)**

---

#### **zu 7.1     Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese Vorlage: V/2012/10964**

---

**Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, sprach als antragstellende Fraktion zum Antrag. Die Fraktion sieht die Notwendigkeit für diesen Antrag, die Begründung liegt allen vor.

**Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach an, dass ihre Fraktion diesen Antrag in den Jugendhilfeausschuss hat verweisen lassen, da in der Stellungnahme der Verwaltung auf Ablehnung gegangen wird und hier auch Belange von Kindern und Jugendlichen gesehen werden. Diese öffentliche Bedürfnisanstalt kann mehr in die Nähe des dort befindlichen Spielplatzes gebracht werden, dann können auch andere Personen dieses WC nutzen.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sieht den Vorschlag als positiv, weist jedoch auf die dann entstehenden Begehrlichkeiten vieler anderer Personen hin, die dann Gleiches verlangen. Als Beispiel benannte sie das Paulusviertel aber auch in anderen Stadtvierteln gibt es die Problematik fehlender öffentlicher WC in Spielplatznähe. Was dem Einen zugestanden wird, fordern dann Andere ebenfalls ein.

**Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach an, dass dies doch als Anfang angesehen werden und fortverfolgt werden kann.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** sprach an, dass der Kinder- und Jugendrat bereits im Rahmen des Spielplatztester-Projektes die Notwendigkeit von Toiletten in Spielplatznähe geäußert hat. Das ändert dennoch nichts an der Finanzierungssituation, die hierfür nicht gegeben ist. Wie soll eine Umsetzung ohne entsprechende Finanzierung erfolgen?

**Anfrage Frau Hanna Haupt**, Ausschussvorsitzende (SPD), zum letzten Satz in der Begründung des antrages, wo über eine Anpassung der bestehenden Strukturen nachgedacht werden soll, um den finanziellen Mehrbelastungen begegnen zu können. Wie ist das gemeint?

**Antwort Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, dass gemeint ist, dass kein finanzieller Aufwuchs dadurch entstehen soll sondern unter bestehender Struktur hierzu geprüft werden soll, dies realisieren zu können.

**Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion**, die Frage steht dennoch, wie das kostenneutral umgesetzt werden soll? Auf der Peißnitz gibt es doch an der Bühne eine WC-Anlage, wieso kann diese nicht Hierfür genutzt werden?

**Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, sprach an, dass mit diesem Antrag erst mal nur ein Prüfauftrag an die Verwaltung gehen soll.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, rief zur Abstimmung des Antrages auf.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung)**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt: Die Stadtverwaltung überprüft die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in unmittelbarer Nähe zur Ziegelwiese. Dabei sollen auch Varianten zur Finanzierung untersucht werden.

Über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet die Stadtverwaltung den Ordnungs- und Umweltausschuss sowie den Planungsausschuss spätestens in den Sitzungen im November 2012.

**zu 7.2 Antrag von Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied im JHA (Freie Träger) , dass die Regelung zum 5%igen Eigenanteil von den Kosten des Betriebes, ohne Berücksichtigung der Personalkosten für das pädagogische Personal, nicht in Anwendung gebracht wird  
Vorlage: V/2012/11122**

---

**Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, sprach an, dass in der IG KITA besprochen worden ist, dass keiner der KITA-Träger in der Lage ist, einen Eigenanteil von 5% erbringen zu können. Dieser Anteil kann nicht erwirtschaftet werden. Zum Antrag fehlt jetzt die Stellungnahme der Verwaltung.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** antwortete, dass die Stellungnahme erarbeitet wurde, aber noch nicht autorisiert vorliegt. Sie kann diese aber mündlich heute vortragen. Die Finanzierung von KITA's erfolgt auf rechtlicher Grundlage, hier wird der § 11 (4) KiFöG LSA herangezogen. Die Stadt ist an die Einhaltung und Umsetzung gesetzlicher Grundlagen gebunden, insbesondere auch unter der aktuellen Haushaltssituation, auch in Bezug auf die Auflagen des Landesverwaltungsamtes zur Umsetzung des Haushaltsplanes. Die Stadt hat sich am Magdeburger Modell orientiert und hat 5% der Betriebskosten angesetzt. Außerdem verwies Frau Brederlow darauf, dass der JHA nicht der richtige Ausschuss für diesen Antrag ist, da es hier um Finanzen geht.

**Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass wir über das Haushaltsjahr 2012 hierzu auch nicht mehr reden müssen, das wurde im Finanzausschuss abgelehnt. Sie wies Frau Gellert darauf hin, dass es formell korrekt im Beschlusstext auch heißen muss „Der JHA beschließt...“ und nicht „...möge beschließen..“.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, zitierte aus dem KiFöG einen Absatz, in welchem es um die Trägerfinanzierung geht und wo es um „...bis zu 5%...“ geht. Das würde heißen, dass ein Vergleichswert da sein muss, aus welchem die Kosten für einen KITA-Platz in der Stadt Halle hervor gehen.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** verwies auf Gerichtsurteile zur Vergleichbarkeit, diese können auch zur Verfügung gestellt werden. Sie sprach an, dass der JHA im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel entscheiden darf.

Es erfolgte eine kurze Meinungsbildung, ob überhaupt hierzu im JHA geredet werden muss.

**Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte nochmals darauf aufmerksam, dass dies im Finanzausschuss abgelehnt worden ist und es demzufolge keiner Diskussion mehr bedarf.

**Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, stellte fest, dass sie auf Grund dieser Aussage, dass es die Ablehnung im Finanzausschuss dazu gab, ihren Antrag zurück zieht.

**Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach an, dass es das ab 2015 gar nicht mehr geben soll, diese 2 Jahre bis dahin sind nur noch zu überstehen.

Keine weitere Diskussion.

**Abstimmungsergebnis:**  
**Zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen und dem Stadtrat zum Beschluss empfehlen, dass die Regelung zum 5%igen Eigenanteil von den Kosten des Betriebes, ohne Berücksichtigung der Personalkosten für das pädagogische Personal nicht in Anwendung gebracht wird.

**zu 7.3 Antrag von Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied im JHA (Freie Träger) zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG für das Arbeitsfeld Kindertageseinrichtungen**  
**Vorlage: V/2012/11121**

---

**Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, begründete ihren Antrag. Eine Gründung einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG wird als erforderlich angesehen, um die Bemühungen des örtlichen Jugendamtes als auch der Interessengemeinschaft KITA für das Wohl der Kinder und deren Eltern zusammen zu führen und zu intensivieren. Die ausführliche Begründung liegt allen Mitgliedern vor.

**Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, verwies auch bei diesem Antrag die Antragstellerin auf die korrekte Beschlussvorschlagsformulierung „ Der JHA beschließt...“ und nicht „...möge beschließen...“.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** sprach an, dass die autorisierte Stellungnahme heute noch nicht vorgelegt wurde, sie diese aber mündlich vortragen kann. Grundsätzlich besteht Konsens zum Anliegen der Antragstellerin. Dies gehört zuständigkeitsshalber laut Geschäftsordnung des Unterausschusses (UA) Jugendhilfeplanung auch in dessen Sitzung. Deshalb schlägt die Verwaltung eine Verweisung in den UA Jugendhilfeplanung vor.

Es gab keine Anfragen.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, stellte fest, dass die Verwaltung auf die Zuständigkeit der Behandlung des Antrages in den UA Jugendhilfeplanung hingewiesen hat. Zu der Verweisung in den UA Jugendhilfeplanung gab es keinen Widerspruch.

**Abstimmungsergebnis:**  
Zuständigkeitsshalber in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung **verwiesen**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen, dass eine Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG für das Arbeitsfeld Kindertageseinrichtungen gebildet wird.

§ 78 KJHG „Arbeitsgemeinschaften“

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den *Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich ergänzen.*

### **zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

### **zu 9 Mitteilungen**

---

**Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, teilte mit, dass es ein Projekt „Integrationsfelder – Konfliktfelder“ für Familien innerhalb der Migranten als Angebot gibt. Dieses Projekt soll helfen, besonders die Spannungen im arabisch- und russisch- sprachigen Raum abzubauen. Kontakt zu den Projektmitarbeitern können über sie oder Frau Schneutzer hergestellt werden, hierzu verteilte sie Flyer.

---

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** teilte mit, dass Frau Wolff im Stadtrat eine Anfrage zu dem „Erdenkinder e.V.“, gestellt hat um deren Beantwortung sie heute gebeten hatte. Vorab der Beantwortung für den Stadtrat teilte sie mit, dass es hier um den Punkt Mietzuschuss geht. Der Erdenkinder e.V. muss seinen bisherigen Standort aufgeben und hat sich um neue Räume bemüht und den Mietvertrag zur Prüfung an das Jugendamt gegeben. Den Vorwurf, dass diese Prüfung sich zu lange hinzieht, weist sie ab, der Entwurf des Mietvertrages ging am 05.10.12 im Jugendamt ein und die Einschätzung zum Entwurf wurde am 17.10.12 per E-Mail beantwortet. Das Jugendamt orientiert sich bei der ortsüblich anzuerkennenden Miethöhe an dem Gewerbeimmobilienreport der Stadt Halle (Saale), hier ist die Lage der Einrichtung maßgebend. Der vorgelegte Mietvertrag entspricht in seiner Miethöhe nicht der angemessenen Miethöhe lt. Städtischer Festlegung zur anzuerkennenden Miethöhe für dieses Objekt. Die Gespräche mit dem Träger laufen, hier hat sich das Dezernat mit eingeschaltet. Die schriftliche Beantwortung geht Frau Wolff nach der Autorisierung durch den Beigeordneten noch zu.

---

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, teilte aktuell zur Haushaltssituation mit, dass es eine 100%ige Haushaltssperre gibt. Es dürfen keine Verträge geschlossen werden und keine Auszahlungen erfolgen, wenn hierfür keine Freigaben erfolgten. Im Jugendamt werden für die Pflichtleistungen die Freigaben beantragt, das ist bei der Kämmerei eingereicht worden.

**Herr Sattler, Koordinator für Grundsatzfragen**, ergänzte, dass die Anträge bearbeitet wurden und er hofft, dass die Mittelfreigabe nächste Woche vorliegt.

**Frau Brederlow teilte** weitergehend mit, dass die Situation für den HzE-Bereich heißt, dass jede neue Hilfe ein neuer Vertrag ist. Für diese Woche hat sie intern festgelegt, dass in dieser Woche keine neuen Hilfen begonnen werden können. Sie hofft, dass bis nächste Woche hierzu eine Antwort von Herrn Geier vorliegt und Klarheit dazu besteht. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass

Inobhutnahmen von dieser Festlegung diese Woche nicht betroffen sind, diese werden selbstverständlich im Interesse des Kindeswohls durchgeführt.  
Im letzten JHA wurde zum überplanmäßigen Antrag informiert, dieser wurde auf den Weg gebracht. Der Antrag steht nicht auf der Tagesordnung des Finanzausschusses, weil wir keine Deckung hierfür haben, das Dezernat kann nur einen Teil decken, der Rest muss aus der Verwaltung kommen. Solange über diesen überplanmäßigen Antrag nicht entschieden wurde, bestehen Auszahlungsschwierigkeiten. Das heißt, im November und Dezember könnten die Auszahlungen im HzE-Bereich und im Dezember im KITA-Bereich nicht erfolgen. Es ist vorgesehen, zu versuchen, diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung des Finanzausschusses zu bekommen. Es muss eine Deckung für die 8 Mio EUR gefunden werden. Die freien Träger erhalten ein Schreiben von ihr, wo sie zur Situation informiert werden. Das Jugendamt hat die Mittel, die im Haushalt stehen und geht hier auch von einer Freigabe aus. Die Mittel, die über dem Haushaltsplan sind, stehen noch nicht zur Verfügung. Sie weist auf diese Problematik hin. Es kann zu einer Situation analog des letzten Jahres kommen, dass die Auszahlungen erst im Januar 2013 erfolgen können.

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, weist auf die Sondersitzung am 15. November 2012 um 16.00 Uhr hin. Diese ist erforderlich, weil der Bildungsausschuss am 06.12.12 die Schulentwicklungsplanung abschließend behandeln wird und Eile geboten ist. Deshalb wurde für den JHA eine Sondersitzung als dringend angesehen. Sie weist darauf hin, dass die Sitzung ausnahmsweise im Jugendamt in der Schopenhauerstraße 4 stattfindet.

#### **zu 9.1 Bericht des Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Arbeit in den Sozialraumgruppen**

---

**Herr Kramer, Vorsitzender des Unterausschusses (UA) Jugendhilfeplanung**, berichtete über die Arbeit in den Sozialraumgruppen (SRG). Dieser Bericht wurde den Mitgliedern heute auch schriftlich ausgeteilt. Er sprach an, dass es im Jahr 2011 ein Gründungstreffen der SRG gab, Inhalt war die Konstituierung und die Wahl der/des Vorsitzenden der SRG. Die SRG sind offen für alle Akteure in dem jeweiligen Sozialraum. Die Wahlperiode ist analog der Regelungen Stadtrat auf 5 Jahre festgelegt. Über die Bildung, Auflösung und Zusammensetzung entscheidet der UA Jugendhilfeplanung. Im Jahr 2011 haben sich die SRG erneut getroffen und sich über aktualisierte Ziele und Handlungsfelder in den Sozialräumen, hier insbesondere zur Fortschreibung der Jugendhilfeplanung §§ 11-14, 16 SGB VIII, verständigt. Im Jahr 2012 gab es mindestens zwei Sitzungen in den Sozialräumen. Hauptinhalt war der Umgang mit der Situation der geförderten Angebote §§ 11-14, 16 SGB VIII und es gab spezielle Fachthemen, wie bspw. Inklusion, Stadtentwicklung. Jetzt wurde die Geschäftsordnung der Sozialraumgruppen in einigen Punkten nochmals ergänzt, so dass diese Anfang 2013 dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

**Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ob wir diese Dinge notwendigerweise wirklich so brauchen oder wird dies bereits in anderen Gruppen behandelt?

**Herr Kramer** antwortete, dass er selbst auch in einer Sozialraumgruppe ist. Zum Teil gab es in den Sozialräumen schon eine Netzwerkarbeit, hier geht es um die Zusammenarbeit verschiedener Akteure aus dem Umfeld, welche hier zusammen arbeiten. Der Austausch über spezielle Themen wird als sehr positiv angesehen. Pro Jahr gibt es maximal 2-3 Sitzungen, das ist vertretbar.

Keine weiteren Anfragen.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, dankte für den Bericht.

## zu 9.2 Bericht zum Stand Grundschule - Horte

---

**Frau Lukas, Fachberaterin und Koordinatorin für frühkindliche Bildung**, hielt den Bericht zum Stand Horte und Grundschulen. Sie begrüßte Herrn Breuer vom Landesschulamt, welcher heute mit anwesend ist. Zur Abstimmung einer gemeinsamen Fachtagung zur Kooperation von Grundschulen und Horten hat sich die Amtsleitung des Jugendamtes mit den schulfachlichen Referentinnen und Referenten getroffen. Das Landesschulamt befindet sich nach wie vor in der Umstrukturierung. Ein konkreter Bedarf zu einem Fachaustausch wird nicht gesehen. Die kleinen Probleme, die gesehen werden, sind eher vor Ort zu klären und durch die Schulleitungen sind keine Probleme bekannt, die einen Fachaustausch notwendig erscheinen lassen. Zur Zusammenarbeit von Grundschulen und Horten wurde gemeldet, dass fast alle Schulen einen Kooperationsvertrag mit Horten haben, diese werden jährlich angepasst. Probleme entstehen eher dort, wo eine Doppelnutzung notwendig ist. Gut funktioniert die Zusammenarbeit zwischen der Grundschule Kröllwitz und dem Hort Kröllwitz, trotz der Doppelnutzung. Hier werden immer wieder Kompromisse geschlossen. Die schulfachlichen Referentinnen und Referenten sehen die Möglichkeit für ein Fachgespräch/eine Fachtagung eher im Sozialraumbezug, bspw. zum Frühwarnsystem auf der Silberhöhe. Gut vorstellbar ist ein Fachtag zum Thema Kinderschutz, da dies auch ein wichtiges Thema in der Grundschule ist. Voraussichtlich wird es im Frühjahr 2013 thematische Veranstaltungen mit Schulleitern zur Struktur und den Aufgaben des Jugendamtes und zum Kinderschutz geben. Ein Jahrestreffen von Landesschulamt und Jugendamt ist verabredet. Das nächste Treffen wird Ende Februar 2013 stattfinden. Die Rückmeldungen aus der Fachgruppe Hort haben ergeben, dass es positive Entwicklungen als auch Verschärfungen von Situationen gibt. Dort wo Schulsozialarbeit greift, sind positive Tendenzen zu verzeichnen. Als schwierig wird oftmals die Doppelnutzung von Hort und Schule angesehen. Positiv hervorzuheben ist die Zusammenarbeit von Grundschule und Hort „Frohe Zukunft“. Hier wird übergreifend gedacht und gearbeitet. Pensionierte Lehrerinnen geben ehrenamtlich auch Hausaufgabenhilfe im Hort. Nach einer Befragung gaben 29 Horte an, dass 20 Horte mit Grundschulen einen Kooperationsvertrag haben, 8 Horte haben keinen, davon sind 2 in Arbeit. Im Jahr 2010 hatten erst 11 Horte einen Kooperationsvertrag mit Grundschulen. Viele freie Träger, insbesondere die Familienbildungsstätten, haben über Kitas und Horte Einfluss auf Kinder und deren Familien. Den Horten und Grundschulen stehen weitere Unterstützungssysteme zur Verfügung. Im Februar soll es in der Fachgruppe Horte das Thema „Horte im Dialog“ geben.

**Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, ob der Bericht auch schriftlich kommt?

**Antwort der Verwaltung**, dass der Bericht auch schriftlich erstellt wurde. Viele Berichte werden auch im Sitzungsdienst hinterlegt und sind dort öffentlich nachlesbar.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ob Inklusion hier keine Rolle spielt? Das ist immer wieder ein Thema und nach ihren Kenntnissen läuft dies in den Grundschulen und Horten nicht gut. Bedauerlich, wenn dieses brisante Thema nicht angeschnitten wurde.

**Antwort Frau Lukas**, dass Inklusion ein wichtiges Thema ist, ist aber als Problem nicht benannt worden.

**Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, möchte die Aussage von Frau Gellert unterstützen. Nach wie vor gibt es hier den Streit um die Verantwortlichkeiten, was nicht abschließend geklärt ist. Anfrage zu der Aussage der Unterstützung durch pensionierte Lehrerinnen, wie läuft das ab?

**Antwort Frau Lukas**, dass sich hier eine ehrenamtliche Unterstützung zur Hausaufgabenhilfe aufgetan hat, welche gut angenommen wird.

Keine weiteren Anfragen.

**Hanna Haupt** dankte für den Bericht.

### **zu 9.3 Bericht zu Hilfen zur Erziehung (HzE) und Auswertung der Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten (Kita)**

---

**Herr Sattler, Koordinator Grundsatzfragen Jugendamt**, stellte zuerst den Bericht Hilfen zur Erziehung (HzE) vor. Hier stellte er die Entwicklung der Fallzahlen dar. Die Entwicklung der Fallzahlen 12/2011 bis 09/2012 verzeichnet einen Anstieg: 1314 Fälle in 12/2011 gegenüber 1351 Fällen in 09/2012.

Im Verhältnis gesehen betragen familienersetzende Hilfen 28%, familienunterstützende Hilfen 42% und familienergänzende Hilfen 30%. Bei den familienunterstützenden Hilfen liegen per 09/2012 die Fälle bei 561, sind gegenüber 06/2012 um 20 Fälle zurück gegangen; bei den familienergänzenden Hilfen sind wir 09/2012 bei 399 Hilfen, gegenüber 06/2012 ein leichter Anstieg um 5 Hilfen und bei den familienersetzenden Hilfen liegen wir konstant bei 382 Hilfen gegenüber dem II. Quartal. Bei der Darstellung der Eingliederungshilfen gemäß § 35 a SGB VIII liegen wir bei den familienunterstützenden Hilfen in 09/2012 bei 81 Hilfen, familienersetzend bei 13 Hilfen und bei Hilfen gemäß § 27 (2) SGB VIII in 09/12 bei 125 Hilfen (12/2011 waren hier 117 Hilfen). Hier liegen wir bei der Pflege bei 265 Hilfen in 09/2012, das blieb fast konstant.

Bei den Auszahlungen nach Quartalen wies er darauf hin, dass in 2012 noch Zahlungen aus Dezember 2011 und früher beglichen worden sind. Der Aufwand war 2011, die Auszahlung aber 2012, das waren 2,7 Mio Eur. Er stellte die Auszahlungen bis zum III. Quartal 2012 vor, wies aber darauf hin, dass das III. Quartal noch nicht komplett dargestellt werden kann, da hier noch Rechnungslegungen im Nachhinein erfolgen. Gesamtausgaben bisher: 23.147.910 EUR, davon das Jahr 2012 betreffend: 20.444.194 EUR.

**Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, zur Aussage von Herrn Kogge im letzten JHA zum Antrag auf überplanmäßige Ausgaben, dass die Mittel im HzE-Bereich nicht reichen.

**Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, dass im Antrag die letzten 5 Jahre benannt worden sind. Er hat davon gesprochen, dass wir 2006/2007 bei ca. 850 – 900 Fällen lagen und jetzt liegen wir bei 1.350 Fällen. Dies ist ein dramatischer Anstieg, welchen er im letzten JHA benannt hat.

**Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sprach an, dass mehrfach im Finanzausschuss zum Haushalt angefragt worden ist, ob wir mit den veranschlagten Mitteln im Bereich HzE reichen, dies wurde bejaht. Jetzt stellen wir fest, das ist nicht so. Das möchte sie als Feststellung so stehen lassen.

**Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, wieso im Vorfeld nicht gleich mehr Mittel eingestellt worden sind? Jetzt ist wieder eine Haushaltssperre gekommen, was heißt das jetzt für den Bereich HzE, wird auf Hilfebedarfe nicht mehr reagiert?

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** wies darauf hin, dass sie hierzu unter Mitteilungen etwas sagen wird.

**Herr Sattler** stellte dann die Auswertung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes Kita für das III. Quartal 2012 vor.

Im Bereich KITA ist eine hohe Belegung, es sind mehr Plätze als Betriebserlaubnisse vorhanden waren, hier mussten Sondererlaubnisse erteilt werden. Im Bereich Horte ist eine höhere Ist-Belegung als Planung. Im III. Quartal 2012 liegen wir in der Kinderkrippe bei 3.267 Plätzen, in den Kindergärten bei 6.580 Plätzen und bei den Horten bei 5.641 Plätzen. Insgesamt sind 15.488 Plätze im III. Quartal belegt (laut BEP insgesamt 15.740). Er stellte als Vergleich II. zum III. Quartal gegenüber. Ein leichter Rückgang bei den Kinderkrippen- und Kita-plätzen, deshalb sind in der Gesamtaufstellung auch die Unterschiede erkennbar. Die Auszahlungen nach Quartal für Zuschüsse Kita ist das gleiche wie bei HzE. Für Dezember 2011 und früher fanden Auszahlungen noch in 2012 statt, der Aufwand war aber in 2011. Gesamt liegen wir bei dem EB Kita bei 20.098.940 EUR, davon betrafen 18.181.800 EUR das Jahr 2012 und bei den Freien Trägern liegen wir gesamt bei 26.587.995 EUR, davon 2012 betreffend: 26.548.100 EUR.

**Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** zur derzeitigen Haushaltssituation. Ihr wurde von einer Mutter erzählt, dass im Bereich der KITA-Ermäßigung die Aussage getroffen worden ist, dass aufgrund der Haushaltssperre die Mittel für die Anträge erst in 1,2 Monaten ausbezahlt werden können. Wie verhält sich das?

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** möchte nach der Sitzung den Namen des Mitarbeiters, der solche Aussagen gemacht haben soll. Wenn dies stimmt, wird dies dienstrechtliche Konsequenzen haben, da dies so nicht stimmt.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD),** dankte für die beiden Berichte.

#### **zu 9.4 Information zu den Familienintegrationscoachs**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD),** begrüßte zum TOP Herrn van Rissenbeck, Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) und Frau Föhlisch und Herrn Fritsch, Familienintegrationscoachs.

**Herr van Rissenbeck , Betriebsleiter EfA,** sprach an, dass es sich bei den „Familienintegrationscoachs“ um ein neues Projekt handelt, welches über den Europäischen Sozialfonds und das Land gefördert wird. Es handelt sich um ein Arbeitsmarktprogramm, Familien sollen arbeitsfähig gemacht werden. In der Kürze der Zeit musste das Projekt ins Leben gerufen werden. Die Oberbürgermeisterin hat den Projektantrag stellen müssen, welcher über den EfA formuliert worden ist. Die Familienintegrationscoachs sind bei der EfA angegliedert. Fachlich unterstehen sie der Amtsleitung des Jugendamtes. Die Projektbewilligung aus Brüssel kam zum 01.10.2012, das Land hat einen vorzeitigen Maßnahmebeginn bewilligt. Die 4 Familienintegrationscoachs sollen aus dem Bereich der Stadtverwaltung und dem Jobcenter kommen, da hier die Schnittstelle ist. Es hat sich abgezeichnet, dass wir 500 – 600 Bedarfsgemeinschaften haben. Von diesen haben wir die Namen und Adressen und gleichen dies mit dem Jobcenter gerade ab, so dass dann in die Familien gegangen werden kann.

**Herr Fritsch, Teamleiter Familienintegrationscoach,** informierte zum Projekt „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ und brachte hierzu eine Präsentation. Dieses ist im Gesamtprogramm des Landes enthalten, hierfür haben sich 40 kreisfreie Städte interessiert und 13 Städte haben einen Antrag hierfür gestellt. Zum 01.10.2012 haben die Stadt Halle (Saale) und der Burgenlandkreis mit der Arbeit begonnen. Er informierte zur Zielgruppe, zum Angebot und zu den Zugängen ins Projekt und was Coaching beinhaltet. In Frage kommende Familien werden aufgesucht und diese müssen sich freiwillig für das Projekt interessieren. Es soll eine Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, in Form eines Erprobungsarbeitsplatzes erfolgen. Die Teilnahme ist dann verbindlich. Es müssen Unternehmen gewonnen werden, die einen entsprechenden Erprobungsarbeitsplatz zur Verfügung stellen.

Momentan arbeiten er und Frau Föhlisch im Projekt, es sollen noch Mitarbeiter hinzu kommen. Ihr Sitz ist in Neustadt im Hibiskusweg 15, E-Mail: [Familiencoach.EfA@halle.de](mailto:Familiencoach.EfA@halle.de).

**Herr van Rissenbeck** informierte noch, dass es keine klassische Förderung für das Projekt gibt sondern ein Fördervertrag mit der IB Bank abgeschlossen wurde. Es müssen bis zum Jahr 2014 255 Fälle nachweisbar sein. Die Familienintegrationscoachs müssen die Förderfähigkeit prüfen. Er hofft, dass bis zum 01.12.2012 noch drei neue Mitarbeiter da sind. Bis zum Jahr 2015 müssen 150 – 200 Erprobungsarbeitsplätze gefunden und akquiriert werden, dafür stehen 2 Sachbearbeiter zur Verfügung, die das übernehmen. Das Team soll mit 7 Mitarbeitern besetzt sein und soll auch als Dienstleistungsunterstützer für Unternehmen angesehen werden.

**Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** sprach an, dass sie die Ansiedlung beim EfA für etwas unglücklich hält. Was wird im Projekt anders gemacht und wie ist die Hoffnung, dass die Angliederung gelingt, welche Unternehmen werden angesprochen?

**Antwort Herr Fritsch,** dass es positiv ist, dass Frau Föhlisch und er berufliche Voraussetzungen mitbringen. Frau Föhlisch kommt aus dem Jobcenter und er war Sozialarbeiter beim ASD im Jugendamt. Philosophie Jobcenter und Jugendamt gehen auseinander. Was ist anders? Familien

dürfen an dem Projekt teilnehmen, es gibt kein MUSS. Es wird auf verschiedene Unternehmen zugegangen, um diese hierfür zu gewinnen, einen entsprechenden Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen.

**Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte den Hinweis, dass es bereits Projekte für alleinerziehende Eltern gibt.

**Antwort Herr Fritsch**, dass dies das „ANA-Projekt“ ist, welches am 31.12.12 endet. Dieses läuft über das Jobcenter. Die Mitarbeiter vom ANA-Projekt machen keine Hausbesuche bei den Familien. Manche der teilnehmenden Personen wissen gar nicht, dass sie im ANA-Projekt sind, sie denken, sie gehen normal zum Jobcenter. Bei dem Projekt jetzt ist der Anspruch qualifizierter und auf freiwilliger Basis.

**Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion**, was ein Probearbeitsplatz ist und wie hierfür die Bezahlung erfolgt? Wie soll verhindert werden, dass sie als Familienintegrationscoachs nicht nur weitere Personen sind, die in diesen Familien drin sind?

**Antwort Herr van Rissenbeck**, das es für einen Erprobungsarbeitsplatz vom Land 440 T€ Zuschuss gibt. Dafür wird die Förderfähigkeit geprüft. Hier wird von 40 Arbeitsstunden und einem Tarif- oder Vergleichslohn ausgegangen. Dies muss vom Arbeitgeber gezahlt werden. Verschiedene Daten laufen im EfA zusammen, hier haben das Jugendamt und das Jobcenter Zugriff. Die Fachaufsicht für die Mitarbeiter liegt beim Jugendamt. Die Frage der Unternehmensakquise und des Personals läuft über das EfA. Es wird bereits vorher abgeklärt, wer alles an diesen Familien „dran“ ist und dort schon arbeitet.

**Frau Föhlisch, Familienintegrationscoach**, sprach an, dass es auch Teilzeitverträge geben kann, wo also nur 20 Stunden gearbeitet wird, eine Aufstockung kann dann immer noch erfolgen.

**Herr Fritsch sprach an**, dass die Unternehmen auch etwas leisten müssen. Es muss auch geschaut werden, wie die Arbeitszeitbeginne sind, da eine alleinerziehende Mutter um 6 Uhr noch nicht Dienstbeginn haben kann, da sie dies nicht gewährleisten kann. Das muss dem Unternehmen klar sein.

**Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, zu den erwähnten 500 – 600 Bedarfsgemeinschaften, welche hierfür bereits bekannt sind.

**Antwort Herr van Rissenbeck**, dass es sich potenziell um 250 Bedarfsgemeinschaften handelt, 500 – 600 kommen infrage.

**Anfrage Herr Dölle**, wie gewährleistet werden soll, dass das Jobcenter nicht eingreift, wenn die Freiwilligkeit der Familien auf dieses Projekt nicht gegeben ist? Haben diese dann mit Sanktionen zu rechnen?

**Antwort Herr Fritsch**, dass der Zugang nie durch eine einseitige Zuweisung erfolgt. Es wird erst in die Familien gegangen, es finden Gespräche statt, da die Familie wissen muss, worauf sie sich einlässt.

**Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, ob auch Migranten für dieses Projekt vorgesehen sind?

Dies wurde bejaht.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, verwies darauf, dass es sich bei dem TOP nur um eine Mitteilung handelte und die Anfragen jetzt den Zeitrahmen sprengen. Sie schlägt vor, dass in ca. einem halben Jahr über den Stand des Projektes im JHA informiert wird. Sie dankte für den Bericht.

## zu 10 Themenspeicher

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sprach an, dass der Themenspeicher vorliegt und hier auch die Sondersitzung bereits enthalten ist.

## zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Anfrage Frau Kerstin Masur, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, zur Auszahlung der Leistungen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Können die freien Träger von 100% ausgehen?

**Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, die freien Träger haben ihre Zuwendungsbescheide erhalten und danach wird verfahren.

## zu 12 Anregungen

---

Es gab keine Anregungen.

**Ende des öffentlichen Teils 18.20 Uhr.**

T.Kogge  
Beigeordneter

H.Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Protokollführer/in